



Pressemitteilung

08. August 2022

Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen unterstützt Forderung des Unternehmerverbandes Vorpommern und Vorpommerscher Bürgermeister nach Öffnung von Nord Stream 2

Die Mitglieder der Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen unterstützen nachdrücklich die Forderungen des Unternehmerverbandes Vorpommern sowie Vorpommerscher Bürgermeister nach einer Öffnung von Nord Stream 2, so der Fraktionsvorsitzende Mathias Löttge, am heutigen Tage.

Grundsätzlich verurteilen die Fraktionsmitglieder das Kriegsgeschehen in der Ukraine auf das Schärfste, so der Fraktionsvorsitzende weiter. Ungeachtet dessen erachten die Fraktionsmitglieder es als dringend geboten, abzuwägen welche Schäden für die Wirtschaft und die Menschen grade auch in unserem Landkreis Vorpommern, aber auch in unserem Land insgesamt infolge der jetzigen Energiepolitik der Bundesregierung zu erwarten sind.

„Wir teilen die Einschätzung der Vorpommerschen Bürgermeister und des Unternehmerverbandes Vorpommern, dass es falsch ist sich von den Energieträgern Russlands zu trennen“, stellt Löttge fest.

„Vielmehr erachten wir es zur Gewährleistung einer ausreichenden Energiesicherheit insbesondere auch im Bereich der Gasversorgung als notwendig neben der Pipeline Nord Stream 1 auch die Pipeline Nord Stream 2 zu nutzen“, so die Fraktionsmitglieder Dirk Leistner, Jörg Burwitz und der Fraktionsvorsitzende unisono.

Die bisher durch die Bundesregierung angedachten Alternativen sind sowohl sehr zeit- als auch kostenaufwendig.

„Zu den von der Bundesregierung geplanten LNG Terminals in Lubmin fehlt es gegenwärtig an klaren Aussagen zu Preisen und Kosten. So würde kein Unternehmer arbeiten. Jeglicher Wettbewerb wird außer Kraft gesetzt“, stellt Dirk Leistner fest.

„Natürlich sehen wir die Errichtung von LNG Terminals in nach Klärung aller noch offenen Fragen als längerfristige Alternative auch als notwendig an“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende.

„Ziel muss es, so der Vorsitzende der Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen Mathias Löttge sein die Energie- und Gasversorgung zu bezahlbaren Preisen für die Bevölkerung und die Wirtschaft dauerhaft sicherzustellen. Hierzu erwarten die Fraktionsmitglieder ein ideologiefreies und am Wohl unserer Menschen orientiertes Denken und Handeln der Bundes- und Landesregierung. Dazu gehört auch bisherige politische Entscheidungen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen“.